



Antrag

der Abgeordneten **Gudrun Brendel-Fischer, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Barbara Regitz, Berthold Rüth, Dr. Ludwig Spaenle, Peter Tomaschko CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Verbesserung der Nutzung des Potenzials von Migrantinnen und Migranten an bayerischen Schulen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- den zur Lehrgewinnung (insbesondere für Jugendliche mit Migrationshintergrund) geschaffenen „Schülercampus Bayern“ sowie ggf. vergleichbare Initiativen dem Ausschuss für Bildung und Kultus des Landtags vorzustellen sowie
- über das Verfahren der Anerkennung von nicht in Deutschland erworbenen Lehr- amtsqualifikationen für die verschiedenen Schularten sowie potentielle Möglichkeiten einer Nachqualifizierung zu berichten.

Begründung:

Schule braucht gute engagierte Lehrkräfte. Dies gilt nicht nur allgemein, sondern vor allem auch in der aktuellen Situation, in denen in den nächsten Jahren mehr Lehrkräfte insbesondere an Grund-, Mittel- und Förderschulen benötigt werden, als aktuell zur Verfügung stehen. Zur Verbesserung der Situation könnte die gezielte Ansprache von potenziell am Lehramt interessierten jungen Menschen mit Migrationshintergrund eine geeignete Maßnahme sein. Denn damit könnte auch die interkulturelle Kompetenz in den Schulen gestärkt werden; zudem erlebten Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, die – lokal bzw. regional in unterschiedlicher Ausprägung – zum Teil einen erheblichen Anteil der Schülerschaft stellen, auf diesem Weg erfolgreich integrierte „role models“ im Unterrichtsalltag.

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus verfolgt entsprechende Ansätze bereits seit mehr als einem Jahrzehnt. Aufbauend auf diesen Ansätzen könnte – unter Berücksichtigung der geltenden Vorschriften für die Berufsanerkennung für Lehrkräfte aus EU- und Drittstaaten sowie möglicher Regelungsspielräume auf Landesebene – ein Bericht des Staatsministeriums hierzu eine geeignete Grundlage sein.